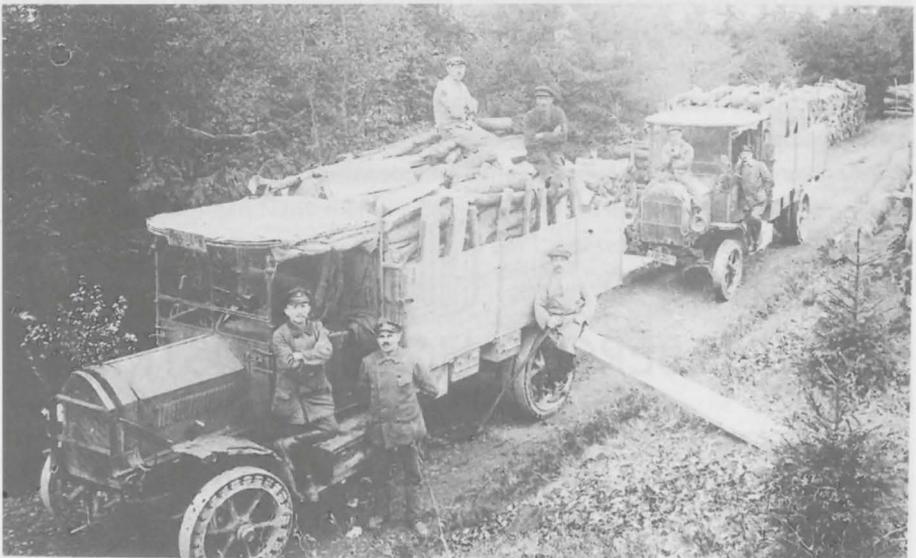


Ein Stück Heidelberger Wirtschaftsgeschichte ✓

„Holzhof“ und „Heidelberger Holzindustrie A.G.“ in Bergheim

Am Anfang stand die „Kohlenkatastrophe“. Unter dieser Überschrift meldete die Heidelberger „Volkszeitung“ im Oktober 1919: „Die Beleuchtung der Schaufenster muß unterbleiben. Hotels und Gastwirtschaften dürfen morgens vor Tag nicht öffnen, abends muß eine frühere Feierabendstunde festgesetzt werden. Auch die Läden dürfen erst bei Tag geöffnet werden. Schulen und Universität erhalten kein Licht. Der Unterricht muß in die Zeit von 8 bis 1 oder 2 Uhr gelegt werden. Die Krankenanstalten müssen selbstverständlich Licht haben. ... Die Industrie muß die Arbeitszeit so legen, daß man bereits ohne Licht auskommt. Wir treten in den Winter ohne jeglichen Bestand an Kohlen. Die Katastrophe steht bevor.“

Die wenigsten der mit diesen Schreckensmeldungen konfrontierten Heidelberger Zeitungsleser dürften hierüber wirklich überrascht gewesen sein. Nicht nur der kriegsbedingte Arbeitskräftemangel hatte die deutsche Kohlenförderung verringert. Auch die Tatsache, dass deutsches Militär Kohlengruben in Nordfrankreich und Belgien bei seinem Rückzug im Jahr 1918 geflutet und damit unbrauchbar gemacht hatte, trug zur Kohlenkatastrophe bei. Die Stadtverwaltung setzte ihre Hoffnung auf eine kommunale Verteilerstelle, die „Ortskohlenstelle“, geleitet von dem als tatkräftig bekannten Emil Maier (1876–1932). Durch den Direkteinkauf beim Produzenten sollte der Zwischenhandel ausgeschaltet und so der Bedarf der Verwaltung und bedürftiger Heidelberger an Kohlen und Brennholz zu günstigeren Preisen gedeckt werden. Aber auch



Waldarbeiten des Städtischen Holzhofs am „Hohlen Kästenbaum“ beim Kohlhof (StAH Slg. Beierer)

Wohnraum und Arbeitsplätze waren knapp. Dass eine städtische Einrichtung hier wirksam helfen könnte, erschien utopisch. Kleine Schritte waren angesagt.

Im Januar 1921 beantragte Emil Maier, mittlerweile Leiter des „Holzhofs“, im Bürgerausschuss die „Aufstellung einer städtischen Säge“; so könne der Holzreichtum der Stadt besser ausgenutzt werden. Als weiteren Grund dafür nannte er den großen Bedarf an Bauholz für die „Siedelungsbauten“. Allein für den Pfaffengrund bezifferte er diesen auf 2 700 Festmeter. Für Emil Maier war die städtische Säge auch ein Instrument zur Schaffung von Arbeitsplätzen – so könne Arbeit finanziert werden statt Arbeitslosigkeit. Fünf Arbeitslose weniger bedeuteten eine jährliche Einsparung von 22.500 Mark Unterstützungssumme. Dagegen regte sich Widerstand im Bürgerausschuss, wie Oberbürgermeister Ernst Walz feststellte: Das Wort „städtische Säge“ habe wie ein rotes Tuch gewirkt und zur Vermutung geführt, als ob die Stadt ein eigenes Sägewerk errichten wolle. Es solle, so Walz beschwichtigend, nur der Holzhof erweitert und die Möglichkeit gegeben werden, unser Holz selbst zu schneiden. Ganz so bescheiden war das Ergebnis am Ende jedoch nicht. Ab Mitte der 1920er Jahre war der erweiterte Holzhof, die „Heidelberger Holzindustrie AG“ an drei Standorten im Stadtteil Bergheim präsent: Das „Sägewerk mit Dämpfanlage und Gleisanschluss“ lag in dem von Alter Eppelheimer Straße, Bergheimer Straße, Blutschlistraße und Kirchstraße umgrenzten Geviert, auf dem sich auch die Schroedlsche Brauereigesellschaft befand; die damalige Adresse lautete „Eppelheimer Straße 37“. Unweit entfernt, in der Bergheimer Straße 109, hatte die „Mechanische Bau- und Möbelschreinerei und Glasererei“ ihren Sitz – in der Vangerowstraße 57 schließlich die Abteilung III, „Lohnfuhrunternehmen / Lastwagenverkehr“.

Wie war es zu diesem Erfolg gekommen – fehlte es der Stadt Heidelberg, belastet durch fehlende Steuereinnahmen und hohe Ausgaben für die soziale Fürsorge, doch an Kapital selbst für kleinere Investitionen? Eben deshalb favorisierten die Verantwortlichen eine andere Rechtsform für den städtischen Holzhof. Hierzu lag Anfang August 1922 ein von der Stadtverwaltung in Auftrag gegebenes Gutachten vor. Es gelangte zu dem Schluss, dass die Wirtschaftlichkeit der städtischen Werke nur aufrechterhalten werden könne, wenn diese Betriebe eine größere Bewegungsfreiheit hätten. Sie müssten von den Einschränkungen der Gemeindeordnung gelöst werden. Ob dies im

Bankkonto: Städt. Sparkasse Heidelberg
Reichsbank-Giro-Konto
Postcheckkonto: Karlsruhe (Baden) 80415



Fernsprecher 1628 und 1629
Drahtanschrift Heihok
Postschliefach 156

HEIDELBERGER HOLZINDUSTRIE ^A _G

Abteilung I: Sägewerk mit Dämpfanlage und Gleisanschluss Eppelheimer Straße 37
Abteilung II: Mechanische Bau- und Möbelschreinerei und Glasererei Bergheimer Straße 109
Abteilung III: Lohnfuhrunternehmen / Lastwagenverkehr / Vangerowstraße 57

Holzbearbeitungs-Großbetrieb mit modernsten Maschinenanlagen, aufnahmefähig für Massenaufträge jeder Art

Auszeichnungen für hervorragende Leistungen:
Goldene u. silberne Medaillen auf den ersten großen Ausstellungen für Hotel- u. Gastweinfach in Ludwigshafen a. Rh. u. Heidelberg 1927, Mannheim u. Darmstadt 1928

HEIDELBERG (BADEN)

Briefkopf der Heidelberg Holzindustrie (STAH AA Nr. 93,5)

Bürgerausschuss mehrheitsfähig war? „Die schwierige Lage“, so OB Walz am 4. Februar 1924 im Bürgerausschuss, „in die unsere städtischen Werke durch den Krieg und die Nachkriegszeit gerieten, haben den Mitgliedern des Bürgerausschusses wiederholt die Veranlassung gegeben, die Frage zu erörtern, ob sich eine Verbesserung der Verhältnisse nicht dadurch erreichen lasse, daß die Geschäftsführung der Werke eine andere Form erhalte. Dabei wurde in erster Linie“, so Oberbürgermeister Walz weiter, „an eine Loslösung der Verwaltung aus dem Rechtsverbande der Gemeinde, an die Begründung einer für die Führung der Werke ausschließlich bestimmten besonderen Rechtsform des Handelsrechtes gedacht, eventuell auch unter Beteiligung von Privatkapital.“

Was OB Walz hier vorsichtig formulierte, stieß auf die Ablehnung fast aller Rathausfraktionen. Die Lösung bestand letztlich darin, dass dem Bürgerausschuss ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht zugesichert wurde, obwohl die betreffenden Betriebe rechtlich von der Stadt getrennt wurden. Dieses Mitbestimmungsrecht wurde in der Satzung der „Heidelberger Holzindustrie A.G.“ mehrfach verankert: durch die Funktion des Oberbürgermeisters als Aufsichtsratsvorsitzender der „Heidelberger Holzindustrie A.G.“ und die der Stadt Heidelberg als deren alleiniger Aktionär. Damit war in Heidelberg aus der ehemaligen Ortskohlenstelle ein Wirtschaftsunternehmen geworden, das in finanzieller und administrativer Hinsicht eng mit der Stadt Heidelberg verbunden blieb, ansonsten aber eine fast ebenso große unternehmerische Freiheit besaß wie privatwirtschaftliche Aktiengesellschaften.

Zweifel an der Rentabilität der „Heidelberger Holzindustrie A.G.“ konnten bald zerstreut werden. Schon im ersten Geschäftsjahr wurde trotz ungünstiger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen ein Reingewinn von mehr als 20.000 Mark erwirtschaftet. Die umfangreichste Neuanschaffung im darauf folgenden Jahr war übrigens ein Müllwagen, der für die Abfallentsorgung in Heidelberg einen enormen Fortschritt darstellte. Auch im ursprünglichen Arbeitsfeld – der Holzverarbeitung – wurden umfangreiche Investitionen getätigt. Nicht zuletzt diesen Investitionen war es zu verdanken, dass im darauf folgenden Jahr ein erheblich höherer Gewinn erzielt werden konnte als im Vorjahr. Der größte Erfolg der „Heidelberger Holzindustrie A.G.“ Ende der 1920er Jahre war die Einweihung des von ihr erbauten Wohnkomplexes im Kreuzungsbereich von Bergheimerstraße und Czernyring. Die hier in Nord-Süd-Richtung verlaufende Straße trägt heute den Namen Emil Maiers. Die Stadt Heidelberg erinnert damit an sein verdienstvolles Wirken in Heidelberg und auf Landesebene. Als langjähriger Landtagsabgeordneter und badischer Innenminister 1931/32 setzte er sich mit ganzer Kraft für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ein.

Literatur

Michael Braun: Emil Maier. Eine politische Biographie (Schriftenreihe des Stadtarchivs Heidelberg, H. 7), Heidelberg 1997, S. 150–162



Heidelberger
Dienste gGmbH
mittendrin.sozial

Kommunaler Arbeitsmarktservice

Beratung und Vermittlung verschiedener Zielgruppen am Arbeitsmarkt sowie Angebote zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie



AZUBI-FONDS

Zusätzliche Ausbildungsplätze für junge Menschen – auch in Teilzeit



Zusatzjobs

Zusätzliche Arbeitsmöglichkeiten in Heidelberg und im Rhein-Neckar-Kreis



Direktbewerbung

Individuelle Beratung und Vermittlung von Arbeitssuchenden



Bündnis für Familie Heidelberg

Netzwerkkoordination zur Entwicklung von Lösungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie



Perspektiven für Alleinerziehende

Neue berufliche Perspektiven zum (Wieder-)Einstieg von Ein-Eltern-Familien



Qualifizierung

Ganzheitliche fachliche und arbeitsmarktbezogene Qualifizierung zur Verbesserung der Integrationschancen in den Arbeitsmarkt

Heidelberger Dienste gGmbH · Hospitalstraße 5 · 69115 Heidelberg · Telefon 06221 14 10 0 · www.hdddienste.de